

Ein katastrophales Signal

Waltraud Kreidl, Obfrau der Schuldenberatung Tirol, nimmt im ECHO-Interview Stellung zu den im letzten Moment kompensierten AMS-Kürzungen und stellt angesichts der steigenden KlientInnenzahlen fest: „Die Einrichtungen müssten alle aufgestockt werden.“



Waltraud Kreidl: „Ich glaube, die Entwicklung geht eher in eine negative Richtung“

ECHO: Als Obfrau der Schuldenberatung Tirol steckten Sie gleichsam mitten drin – im Auge des Orkans, der durch die Kürzungen der Gelder für das AMS Tirol über Einrichtungen wie DOWAS, BARWO und die Schuldenberatung hereinbrach. Hatte es Vorwarnungen oder Zeichen gegeben, dass derart existenzielle Einschnitte drohten?

Waltraud Kreidl: Nein. Gar nichts. Niemand hat damit gerechnet. Das hat alle überrascht. In den Einrichtungen herrschte aufgrund der Nachricht ein Zustand der Lähmung und Fassungslosigkeit.

ECHO: Die betroffenen Vereine hatten schon Kündigungen angemeldet, als die Nachricht kam, dass Land Tirol und Bund sich auf eine Übergangslösung für 2015 einigten. Ist das ein guter Grund zu jubeln oder müssen die Einrichtungen weiter auf der Hut sein?

Kreidl: Jubeln ist wohl der falsche Ausdruck, aber natürlich herrscht große Erleichterung. Da haben alle Beteiligten aus Politik und Verwaltung gut und hilfreich zusammengespield. Aber man muss dranbleiben, dass so etwas nicht wieder passiert. Für das Jahr 2016 gibt es noch keine Lösung. In Aussicht gestellt wurden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, aber da gibt es noch viele Unbekannte. Und das DOWAS hat Recht, wenn es meint, dass die Anträge sehr aufwändig und kompliziert sind und das nur mithilfe des Landes zu bewerkstelligen wäre. Wenn nun aber in Zukunft auch längerfristige Verträge anvisiert werden, ist das wirklich ein Fortschritt.

ECHO: Anlass der hitzigen Auseinandersetzung waren die schmerzhaften Kürzungen der Gelder für das AMS Tirol. Warum musste das AMS die Kürzungen an die Vereine weitergeben?

Kreidl: Im Bereich der Pflichtausgaben kann das AMS nicht sparen und nun trifft es zualererst Einrichtungen, die Aufgaben erfüllen, die für das AMS eigentlich keine Kernaufgaben sind. Das sind die Beratungsstellen, die

gefördert wurden, weil sie Leistungen bringen, die sogenannte Vermittlungshemmnisse reduzieren oder ganz abbauen, aber durchaus auch bei der Arbeitssuche behilflich waren bzw. Arbeitsstellen vermittelt haben.

ECHO: Was heißt das?

Kreidl: Eine überschuldete Person hat es schwer bei der Arbeitssuche. Viele Arbeitgeber mögen das gar nicht, weil sie vielleicht denken, dass jemand, der auf so niedrigem finanziellem Niveau lebt, nicht so leistungsbereit ist. Was noch schwerer wiegt, ist, dass die Berechnung und Verwaltung der Pfändungen kompliziert und lästig ist. Arbeitgeber haften bei Lohnpfändungen als sogenannte Drittschuldner gegen ihre Angestellten. Die Schuldenberatung bietet aber auch Rechtsberatung an, wenn es um sogenannte gefährliche Schulden geht, wie etwa drohende Delogierungen, aber auch in anderen Bereichen wie Mietrecht, Strafrecht usw. Bei DOWAS und BARWO sind die Vermittlungshemmnisse beispielsweise die Wohnungslosigkeit oder eine nicht gesicherte Existenz. Jemand, der keine Wohnung hat, ist nicht zu vermitteln. Die Einrichtungen stellen auch Post- und Meldeadressen aus für Menschen, die keine Wohnadresse haben.

ECHO: Das heißt, die Einrichtungen stellen die Grundlagen zur Verfügung, dass diese Menschen überhaupt wieder in das Arbeitsleben „eintauchen“ können?

Kreidl: Genau. Ohne Adresse ist man auch für das Arbeitsmarktservice nicht erreichbar und damit können sie auch ihre Ansprüche nicht geltend machen. Das AMS ist nicht für Wohnungssuche oder Überschuldung zuständig.

ECHO: Die Wirtschaftslage ist schlecht und Arbeitnehmer müssen zittern. Wie ist da das Signal zu bewerten, dass gerade die Schwächsten durch Einsparungen bei den Beratungsstellen allein gelassen werden sollten?

Kreidl: Das war ein katastrophales Signal für die Klientel, aber auch für die Einrichtungen, die die schwächsten KlientInnen betreuen. Angesichts der in jeder Einrichtung steigenden KlientInnenzahlen gehörten sie aufgestockt.

ECHO: Was bedeutet dieses Signal für einen Staat, der sich als Wohlfahrtsstaat bezeichnet und Solidarität auf seine Fahnen schreibt?

Kreidl: Ich glaube, die Entwicklung geht eher in eine negative Richtung. Die Probleme werden immer mehr individualisiert, immer mehr wird Menschen in vermeintlich ausweglosen Situationen gesagt, sie seien selber

schuld und sie müssten sich eben nur mehr anstrengen. Die Solidarität mit den Schwächsten, ohne zu werten und zu urteilen, nimmt ab. Dabei sind es ja strukturelle Ursachen, die Menschen gefährden, wie etwa steigende Mietpreise, niedrige Löhne, Konsumanreize usw. Ich habe noch eine Zeit erlebt, ich meine damit die 1980er, 1990er Jahre, in der noch in der Gesellschaft die Meinung vorherrschte, man müsse Menschen mit Schwierigkeiten „ins Boot holen“. Damals wurde im Sozialbereich sehr viel aufgebaut.

ECHO: In der jüngsten Tiroler Diskussion wurde der schwarze Peter fleißig zwischen Bund und Land hin- und hergereicht. Was muss passieren, damit dieses Spiel endet?

Kreidl: Wichtig wäre ein auf neue Füße gestellter Finanzausgleich, wo die Zuständigkeiten klar definiert sind und nachvollziehbar wird, wie viel Geld aus welchem Grund wohin fließt. Man könnte das deutlich klarer, einfacher und transparenter gestalten. Abstrus ist, dass man Anfang November 2014 im Justizministerium 20 Jahre Privatkonkurs gefeiert hat und wir als Vorstand der Schuldenberatung Tirol kurze Zeit vor der Situation standen, nicht zu wissen, wann und wen wir – fristgerecht – kündigen müssen. →

augustin+nöbauer+partner | PROMOTION

Änderungen bei der Auftraggeberhaftung ab 1.1.2015

Bisher wurden nur Dienstgeber, die Dienstnehmer nach dem ASVG beschäftigen, auf der Liste der haftungsfreistellenden Unternehmen (HFU-Liste) geführt. Mit 1.1.2015 ist dies jedoch auch für **Einpersonener Unternehmen (EPU)** möglich, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Der Unternehmer ist eine natürliche Person,
- er erbringt seit mind. 3 Jahren Bauleistungen,
- er hat keine Dienstnehmer beschäftigt,
- er ist nach dem GSVG pflichtversichert,
- er entrichtet die fälligen Beiträge an die SVA spätestens bis zum 15. des dem Quartal folgenden Monats,
- er stellt einen schriftlichen Auftragnehmerantrag beim Dienstleistungszentrum-AuftraggeberInnenhaftung (DLZ-AGH) bei der Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK).

Die Eintragung in die HFU-Liste ist nur mit dem Namen der natürlichen

Person möglich, nicht mit einem eventuell eingetragenen Namen. Es empfiehlt sich daher, dem Geschäftspartner rechtzeitig jenen Namen mitzuteilen, mit welchem man in der HFU-Liste registriert ist.

Aus diesem Grund scheinen auch Unternehmen, die weder in Österreich sozialversicherungspflichtiges Personal haben (beschäftigen) noch nach dem GSVG versichert sind, weiterhin in der Liste nicht auf.

Bei Auftragnehmern ohne Dienstgebernummer kommt es bei der Überweisung von Haftungsbeträgen ab 1.1.2015 auch zu einer Erleichterung für den Auftraggeber. Diese haben nun die Möglichkeit, bei Zahlung den Haftungsbetrag haftungsbefreiend unter Angabe der Versicherungsnummer mit einem nachgestellten „v“ und der UID-Nummer an das DLZ-AGH abzuführen.

Bisher war dies in Ermangelung des Bestehens einer Dienstgebernummer – die verpflichtend bei Zahlungen an das DLZ-AGH anzugeben war – nicht möglich und somit eine Haftungsbefreiung ausgeschlossen.



Daniel Nöbauer,
Wirtschaftsprüfer,
Steuerberater,
Gerichtssachverständiger



Ulrike Engl,
Steuerberaterin

augustin + nöbauer + partner

steuern · betriebswirtschaft · coaching

Für Rückfragen steht Ihnen das Team augustin+nöbauer+partner Steuerberatung GmbH gerne zur Verfügung. Tel. 0512/294439 • www.fidas-innsbruck.at



Waltraud Kreidl ist seit 36 Jahren im Sozialbereich und in der Lehre tätig, in verschiedenen Institutionen und Funktionen. Als Obfrau des Vorstands der Schuldenberatung Tirol kämpft sie darum, dass die Bedrohung, die durch die Streichung der AMS-Förderung entstand, abgewendet werden kann. Kreidl ist auch Mitglied der Plattform für kritische Sozialarbeit in Tirol „dietermiten“, die den stärker werdenden Druck, der auf der Sozialarbeit lastet, thematisiert und sich dagegen zur Wehr setzt (www.dietermiten.at).

ECHO: Seit 1995 der Privatkonkurs eingeführt wurde, wurden in Tirol 10.410 Konkurse eröffnet. Wie viele MitarbeiterInnen müsste die Schuldenberatung haben, um aufzufangen, was da auf die Gesellschaft zukommt?

Kreidl: Es ist schon jetzt Tatsache, dass wir – um den Bedarf abdecken zu können – zwölf Vollzeitstellen brauchen würden. Tatsächlich haben wir zehn. Und wenn drei weggefallen wären, wäre es dramatisch geworden. Zumal man angesichts der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage kein Prophet sein muss, um voraussagen zu können, dass immer mehr Menschen diese Unterstützung brauchen.

ECHO: Aus welcher Ecke erhoffen Sie sich Hilfe bzw. eine realitätsnahe Sicht, dass die Beratungsstellen ausgebaut werden müssen?

Kreidl: Wir versuchen gerade, mit dem Land Tirol einen Leistungsvertrag zu erarbeiten. Ich denke, dies ist auf dem Weg und wäre insofern ein Fortschritt, weil man mit einem Leistungsvertrag nicht jedes Jahr gezwungen ist, wieder zu bangen, ob oder wie es weitergeht. Die Kooperation ist gut, das Interesse ist da und ich hoffe, dass das eine gute Sache wird. Erfreulicherweise habe ich der Zeitung entnommen, dass auch die Wirtschaftskammer darüber nachdenkt, etwas für die Schuldenberatung zu tun. Das finde ich vor dem Hintergrund angemessen, dass ein Drittel der Klienten in der Schuldenberatung Ex-Selbstständige sind.

ECHO: Es fand die Demonstration statt und viele Menschen äußern sich erschüttert und

erbozt über die bedrohlichen Einsparungen. Würden Sie sich trotzdem mehr Druck aus der Bevölkerung wünschen – auch vor dem Hintergrund, dass es jede und jeden treffen kann, die Einrichtungen zu brauchen?

Kreidl: Jeden kann es treffen, das stimmt. Es ist niemand davor gefeit, morgen schon arbeitsunfähig oder arbeitslos zu sein und finanziell abzustürzen. Wenn jeder sich dessen bewusst wäre, würde es wahrscheinlich größeren Druck geben, doch viele denken sich, dass es genau mir nicht passieren kann, oder das auch einfach verdrängt. Mit diesem Absturz werden Feindbilder verbunden. Mit Obdachlosen wird oft ein Mensch assoziiert, der anders ist, Alkoholprobleme hat etc. Bei Menschen, die sich überschulden, wird rasch vermutet, dass sie das Geld rausgeworfen haben und nicht damit umgehen können. Da wird nicht daran gedacht, dass die Betroffenen vielleicht ein Schicksalsschlag getroffen hat,

wie etwa durch den Verlust des Arbeitsplatzes, Unfall, Erkrankung oder Trennung, und sich das Leben nicht mehr leisten konnten. Wenn man nur noch 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens zur Verfügung hat, kann man schnell abrutschen.

ECHO: All die jetzt betroffenen Einrichtungen helfen „Gescheiterten“ dabei, wieder am „normalen“ Gesellschaftsleben teilzuhaben. Ist der Umgang mit diesem Scheitern realitätsfremd?

Kreidl: Ich sagte vorhin, wenn es den Menschen bewusst wäre, dass es sie auch treffen könnte, würde man anders damit umgehen. Doch es besteht vielmehr die gegenteilige Gefahr, dass man diese Möglichkeit verdrängt und sich von den Betroffenen abgrenzt.

ECHO: Wird dadurch auch der Moment hinausgezögert, bis die Einrichtungen aufgesucht werden?

Kreidl: Ja. Das ist auch ein Grund, warum viele Leute gar nicht erst bei der Schuldenberatung Hilfe suchen, weil sie sich ausmalen, dass es nicht funktionieren kann. Sie meinen, sie können den Gläubigern nichts anbieten. Es gibt viel mehr konkursreife Menschen, als letztlich in die Schuldenberatung gehen. Unsere Kultur ist, dass man über Geld nicht redet. Das verschärft die Situation. Würden die Betroffenen früher kommen, wäre oft viel mehr zu retten. Auch bei drohenden Delogierungen nehmen die Menschen häufig erst mit einer Einrichtung Kontakt auf, wenn Feuer am Dach ist. Dort erfahren sie dann, dass sie Anspruch gehabt hätten auf Mietzinsbeihilfe oder Mindestsicherung. Da ließe sich im Vorfeld viel Elend vermeiden.

ECHO: Eine alte Geschichte im politischen Spiel ist es, eine Krise darzustellen, die viele Eingriffe oder Schritte erlaubt. Auch der jüngste Schritt Hundstorfers, das AMS Tirol derart zu kürzen, wird durch die Wirtschaftskrise legitimiert. Vergleicht man diese Einsparungen mit den Milliarden für die Hypo Alpe Adria, sind es Peanuts. Gehen die Relationen verloren?

Kreidl: Ja. Das Argument hört man oft. Den Banken gibt man das Geld und für wirklich wichtige Dinge ist kein Geld da. Dem kann ich schon etwas abgewinnen. Jedenfalls wäre es langfristig auch volkswirtschaftlich viel besser, Geld für diese Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Ein Privatkonkurs verursacht ja Folgekosten, ebenso wie Wohnungslosigkeit. Man weiß, was Armut bedeutet, weiß, was Kinderarmut bedeutet, und trotzdem waren jene Beratungsstellen in Gefahr, wo es Unterstützung gibt, um diese Folgen zu verhindern.

Interview: Alexandra Keller

Fotos: Friedle